

Schweiz

Misere der Mitteparteien

Christdemokraten hoffen auf Eingebung von unten

Die Mitteparteien brechen ein. Die CVP befragt ihre Basis, um den Niedergang zu stoppen.

Fabian Renz, Claudia Blumer und Andrea Tedeschi

Sechsmal wurde heuer in den Kantonen gewählt - sechsmal war die CVP bei den Verlierern. Die jüngsten Niederlagen setzte es am Sonntag in den Kantonen Basel-Stadt und Aargau ab: In Basel verlor die CVP einen ihrer zuvor acht Sitze im Grossen Rat, im Aargau zwei von ursprünglich 19. Auch die Grünliberalen büssen in beiden Kantonen je einen Sitz ein; die BDP wiederum verpasste im Aargau sogar die Fraktionsstärke. (In Basel ist sie gar nicht präsent.)

Die Misere der Mitte dauert damit weiter an. Die meisten Beobachter deuten die Wahlen vom Wochenende als Korrektiv zum Rechtsrutsch auf nationaler Ebene, zumal die SVP stagnierte und ihre Exekutivziele verfehlte - doch zulegen konnten nur die Linken sowie die Basler Liberaldemokraten. «Wenn die Wähler korrigieren wollen, tun sie das über die politischen Pole, nicht über die Mitte», sagt Iwan Rickenbacher, Kommunikationsberater und ehemaliger CVP-Generalsekretär.

Gesundung bis 2025

Man darf daher von einer leicht gedämpften Stimmung ausgehen, wenn sich die CVP-Delegierten am Samstag in Morschach SZ treffen werden. Auf dem Programm stehen die Parolen zu Atomausstieg, Unternehmenssteuerreform, Nationalstrassenfonds - doch wird Präsident Gerhard Pfister in seiner Eröffnungsrede nicht umhinkommen, auf die jüngsten Wahlschläppchen einzugehen. Für den im April gewählten Parteichef war es ein unbequemer Start. Der dezidiert rechts politisierende Pfister steht insofern unter spezieller Beobachtung, als er in Gesellschafts- und Migrationsfragen verstärkt die Allianz mit der SVP suchte. «Da bleibt neben der SVP und FDP wenig Platz, um neue Wähler abzuholen», sagt Politgeograf Michael Hermann.

Umso aufschlussreicher könnte sein, wie die CVP-Basis die Strategie ihres Chefs beurteilt. Schon in einem Monat wird man vermutlich mehr wissen. Pfister baut nämlich auf die Mitwirkung der Basis, um die CVP mittelfristig wieder aufzurichten. Er lässt derzeit eine gross



Unbequemer Start: CVP-Chef Gerhard Pfister. Foto: Alessandro Della Valle (Keystone)

angelegte Erhebung unter den Mitgliedern durchführen - mit offener Fragestellung, wie er betont: «Wir sind offen für jede Anregung: zur Strategie, zur Ausrichtung, zu Personellem.» Lanciert wurde das medial wenig beachtete Projekt schon im August; im November soll die Auswertung abgeschlossen sein.

«Unser Ziel ist es, aufgrund der Rückmeldungen bis Sommer 2017 ein erstes Paket an Massnahmen auszuarbeiten», sagt Pfister. Die ganze Übung läuft unter dem Schlagwort «CVP 2025» - ein rundes Jahrzehnt ist der Zeitraum, den sich Pfister für den «Erneuerungsprozess» mit seiner Partei gibt.

Was unternähme er, käme von den Mitgliedern Kritik an den Allianzen mit der SVP? Pfister lässt es offen: Er wolle «dem Prozess nicht vorgreifen». Er hält aber fest, dass «die Basis über unseren Kurs entscheidet».

Bei den Mandatsträgern der Partei kann Pfister derzeit mehrheitlich noch auf Goodwill zählen, wie Nachfragen zeigen. «Geri Pfister hat gerade erst angefangen. Es muss sich noch einpendeln, aber man muss ihm nun auch etwas Zeit lassen», sagt, stellvertretend für viele, die Zürcher Nationalrätin Kathy Riklin. Noch wird Kritik erst vorsichtig und vereinzelt vorgetragen, etwa durch den Obwaldner Nationalrat Karl Vogler. «Die politische Rechte ist mit der SVP und der FDP schon sehr stark abgedeckt. Wir müssen den Mut haben, Allianzen auch mit der Linken und der Mitte zu suchen», sagt Vogler. Gut gelungen sei das bei der Rentenreform oder der Energiestrategie. Über die Auswirkungen von Pfisters Kurs in Basel und Aargau will Vogler nicht spekulieren. «In sozialliberalen Positionen steckt aber meiner Meinung nach das grösste Wachstumspotenzial.»

Die BDP verweigert sich

Über kurz oder lang jedenfalls wird Pfister Resultate liefern müssen - was unter anderem dadurch erschwert wird, dass die CVP «noch immer nicht das Thema gefunden hat, mit dem sie sich profilieren kann», wie Iwan Rickenbacher feststellt. Wenig hilfreich ist ihm zufolge die Selbstdeklaration als «Familienpartei»: «Die Familien in diesem Land sind untereinander sehr verschieden. Genauso wenig würde es nützen, sich als Seniorpartei zu bezeichnen.»

Auf die Hilfe der ebenfalls kriselnden BDP kann die CVP nicht hoffen. BDP-Präsident Martin Landolt schliesst jedes Zusammengehen aus. Die Fusionsgespräche der letzten Legislatur scheinen definitiv geplatzt. Seine eigene Partei sieht Landolt ungeachtet der Niederlagen auf Kurs - gefragt seien Geduld, Aktivität auf Basisstufe und bessere Kommunikation.

Ob das reicht? Bei der Konkurrenz zweifelt man. FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen denkt bereits an eine Offensive, um die von der BDP abwandernden Wähler zu gewinnen. Damit deren Stimmen «nicht verloren gehen».

«Die rot-grüne Politik ist unfair»

Markus Somm, Chefredaktor der «Basler Zeitung», zum Erfolg der Linken in Basel.

Mit Markus Somm sprach Claudia Blumer

Hat sich der Einsatz der «Basler Zeitung» für die bürgerliche Sache im Wahlkampf gelohnt?

Das ist nicht der Punkt. Als Chefredaktor habe ich nicht in erster Linie eine politische Mission, auch wenn mir das manche unterstellen. Ich will eine gute Zeitung machen. Das hat auch das Wahlergebnis gezeigt: Beide Regierungsräte, die im ersten Wahlgang nicht wiedergewählt wurden, Dürr und Wessels, waren oft Gegenstand unserer Kritik. Von daher ist die Bilanz aus publizistischer Sicht gut.

Für die Bürgerlichen seien die Zeiten schwierig, hat Ihre Zeitung gestern geschrieben...

In Basel ist es für die Bürgerlichen ohnehin schwierig, das gilt auch für andere Städte. Es gibt einen grossen Grundstock an Stimmberechtigten, die vom Staat leben: Beamte, Lehrer, Sozialhilfeempfänger, Rentner, Studenten. Leute, die wissen, dass die SP dafür sorgt, dass der Staat nicht kleiner wird.

Trotzdem war das Wahlergebnis in seiner Deutlichkeit überraschend.

Dass die SP sich halten kann, hat mich nicht überrascht. Ihre Regierungsräte haben sich - mit Ausnahme von Hans-Peter Wessels - keine grossen Fehler geleistet. Sie tun alles für die zwei grossen Pharmaunternehmen und leben prächtig von deren sehr hohen Steuerzahlungen. So kann man es sich leisten, alle anderen Wirtschaftsbereiche stärker zu belasten. Für KMU und alle anderen ist es in Basel hart. Diese Politik ist unfair.

Die Wähler wollen aber diese Politik. Die SVP hat sehr schlecht abgeschnitten.

Im Grossen Rat behält sie ihre Sitze. Offenbar ist hier die Zeit nicht reif für eine Veränderung. Was die Regierungsratswahlen betrifft, war Lorenz Nägelin der falsche Kandidat. Die SVP hat hier tatsächlich schlecht abgeschnitten, sie hätte mehr Potenzial gehabt.

SVP-Präsident Sebastian Frehner wird von der nationalen Partei kritisiert - was macht er falsch?

Er schaut zu fest für sich, hat mit National- und früher mit dem Grossratsmandat zu viele Ämter. Frehner sollte das Präsidium der Kantonalpartei aufgeben und sich aufs Nationalratsmandat konzentrieren. Die SVP Basel müsste breiter aufgestellt sein. Von der Stimmung her hätte es für eine bürgerliche Wende gereicht. Doch dafür hätte die SVP viel aggressiver auftreten müssen. Grundsätzlich haben die Bürgerlichen versagt, und zwar alle: Sie hätten die Schwächen der rot-grünen Politik klar aufzeigen und die Verantwortlichen benennen müssen.



Markus Somm
Chefredaktor
«Basler Zeitung»

Die Vieltelefoniererei hat sich für die SP ausgezahlt

Die SP setzte bei den Wahlen im Aargau und in Basel-Stadt auf Telefonmarketing. Experten sind vom Erfolg der Methode überzeugt.

Michael Soukup

In den vergangenen Wochen liefen im Nordwesten der Schweiz die Telefone heiss. «Im Aargau führten rund 300 Freiwillige über 7000 Gespräche, in Basel-Stadt waren es etwa 200 Personen und über 4500 Gespräche», sagt Marco Kistler, Abteilungsleiter «Bewegung/IT» bei der SP Schweiz. Nach den letztjährigen Kantonsratswahlen in Zürich und Luzern sowie den nationalen Gesamterneuerungswahlen setzte die SP auch in diesen beiden Kantonen auf eine gross angelegte Telefonkampagne. Und offensichtlich hat sich die Vieltelefoniererei gelohnt: Bei den Aargauer Wahlen legte die SP um 3,7 Prozent und 5 Parlamentsitze zu, in Basel-Stadt gewannen die Genossen immerhin 1 Sitz im Kantonsparlament.

Doch war die Telefonkampagne wirklich ausschlaggebend? Aus wissenschaftlicher Sicht wisse man es nicht genau, weil entsprechende Nachwahlbefragungen momentan fehlen würden, sagt der Zürcher Politologe und Politiker Louis Perron. «Aber ich habe auch den Eindruck, dass sich die Telefonkampagne für die SP ausgezahlt hat.» Allerdings seien die Details bei einer solchen Aktion entscheidend. Die SP mache es clever, weil sie ihre Leute besonders schule und bei den Wahlen jeweils prominente Politiker als Zugpferd bei den Telefonkampagnen einsetze. «Zudem braucht es gute Datenbanken von affinen Leuten und viele Anrufe, um etwas bewirken zu können», so Perron.

Gleich beurteilt Claude Longchamp die Aktion: «Das Telefonmarketing im Aargau machte sich als Verstärker der politischen Aktion eindeutig bezahlt, denn es wirkt vor allem dann, wenn nicht die öffentliche Kontroverse die Wahlbeteiligung weitgehend bestimmt», schreibt der Politologe in seinem Blog.

Auf die Idee, Wähler telefonisch zu mobilisieren, kam die SP im Jahre 2013. «Bei der Abstimmung über unsere Volks-

initiative «1:12 - Für gerechte Löhne» haben wir realisiert, dass es ein riesiges Mobilisierungspotenzial gibt», sagt Kistler, der als Erfinder der Juso-Initiative gilt. Viele Menschen seien hilfsbereit, man müsse sie aber konkret anfragen. Eingesetzt wurden die 1:12-Fahnen, die in Fenstern und auf Balkonen von Sympathisanten hingen. Kistler: «Wir haben sie angerufen und gefragt, ob sie eine Fahne aufhängen möchten.»

Keine Option für FDP und SVP

Erstmals systematisch zum Telefon gegriffen wurde bei den Zürcher und Luzerner Kantonsratswahlen. In Zürich legte die SP 1 Sitz zu, in Luzern konnte die Sitzzahl gehalten werden. Im Juni wählten zudem die Luzerner mit einem Sozialdemokraten erstmals einen Linken zum Stadtpräsidenten. Auch hier setzte die SP auf Telefonmarketing.

Demnächst kommt die Mobilisierungsmethode bei den Wahlen in der Stadt Bern und im Kanton Solothurn zum Einsatz. In der Romandie gebe es nur kleinere Pilotprojekte, so auch bei den Wahlen im Kanton Freiburg. «Die Westschweiz ist noch ein Entwicklungs-

gebiet für uns», sagt Marco Kistler. Auch bei den nationalen Abstimmungen wurde das Telefon bisher kaum eingesetzt. Kistler: «Dafür wären ganz andere finanzielle Ressourcen nötig.» Deshalb werde man bei der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III die Telefonkampagne höchstens in einem viel kleineren Rahmen einsetzen.

Bei der Konkurrenz zeigt man sich unbeeindruckt von den SP-Methoden. «Die FDP Schweiz hat bisher keinen telefonischen Wahlkampf geführt, auch planen wir momentan nicht, dies in Zukunft zu tun», sagt Sprecher Georg Därendinger. Ähnlich tönt es bei der SVP: «Wir haben keine besonders guten Erfahrungen gemacht mit solchen Telefonaktionen», so Generalsekretär Gabriel Lüchinger. Man werde in Zukunft weiterhin auf die Präsenz in den Strassen fokussieren. Die CVP setzt hingegen in einzelnen Kantonen auf Telefonmarketing. So auch im Aargau, aber nur im engen Freundeskreis: «Wir wollen die Leute nicht mit flächenmässigen Anrufen verärgern», sagt die Aargauer CVP-Präsidentin Marianne Binder. Ihre Partei verlor 1,1 Prozent an Wähleranteil.

Niederlage

Teiltrückzug von Baschi Dürr

Der Basler Justiz- und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr (FDP) kandidiert im zweiten Wahlgang nicht mehr für das Regierungspräsidium; er lag bei der Präsidentschaftswahl rund 3500 Stimmen hinter der Grünen Elisabeth Ackermann. Sebastian Frehner, SVP-Kantonalpräsident, sieht trotz schlechtem Abschneiden des Regierungsratskandidaten Lorenz Nägelin (SVP) keinen Anlass für einen Strategiewechsel. Auch wolle er als Parteipräsident nicht zurücktreten, sagt Frehner. Christoph Blocher und BaZ-Chef Markus Somm hatten dies gefordert. (SDA/TA)